

Die Entwicklungspolitik muß ihre Rolle im Rahmen globaler Klimapolitik mutiger besetzen!

1. Mit dem Aufbruch in der arabischen Welt und den direkten Rückwirkungen des japanischen Nukleardramas von Fukushima auf die deutsche Innenpolitik ist die Eine Welt endgültig Tatsache geworden. Die panischen Reaktionen der Bundesregierung auf die rasch aufeinanderfolgenden neuen Herausforderungen zeigen, daß fürs Manövrieren unseres Staatsschiffs in der „globalen Risikogesellschaft“ (Ulrich Beck) der Kompaß fehlt (das gilt natürlich nicht nur für Deutschland!). Hinter allem steht der Klimawandel wie ein Mentekel für das von den meisten Menschen noch für ziemlich unwahrscheinlich gehaltene Restrisiko der industriellen Zivilisation, dessen Eintritt aber noch viel größere Regionen der Erde unbewohnbar machen könnte als der Super-Gau in einem Atomkraftwerk. Von den Klimaforschern wird das vermeintliche Restrisiko einer Klimakatastrophe als immer wahrscheinlicher angenommen, wenn nicht weltweit konsequent und tiefgreifend umgesteuert wird.
2. Seit zwei Dekaden stehen die erforderlichen Weichenstellungen auf der Tagesordnung: *Agenda 21* wurde 1992 von der Staatengemeinschaft in Rio verabschiedet. Daß der damals gefundene Konsens noch keine Entlastung, und zwar weder beim Klima, noch beim Verlust an Wäldern und Biodiversität, noch beim Schutz weiterer globaler öffentlicher Gütern gebracht hat, sollte uns tief beunruhigen und skeptisch machen gegenüber den flotten Parolen zur *Green Economy*, die im Vorlauf zur Rio+20 Konferenz im nächsten Jahr am selben Ort verbreitet werden. Da wird nämlich z.B. von UNEP suggeriert, daß es technisch möglich sein sollte, den Zielkonflikt von Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Klimaschutz ohne Einbußen an Lebensstandard aufzulösen. Mit dem drohenden Super-Gau in Fukushima erhält der Technologie-Optimismus allerdings einen deutlichen Dämpfer, und Bücher, in denen das Glück jenseits des materiellen Konsums gesucht wird, verzeichnen immer höhere Auflagen.
3. Während man sich in den reichen Industrieländern Wachstumsverzicht noch ohne Verlust an Lebensqualität vorstellen kann (also mehr kulturelle als materielle Bereicherung und mehr Sozialkontakte als isolierter Fernsehkonsum), würde das in Entwicklungsländern die Zementierung von Armut und ungerechter Einkommens- und Vermögensverteilung bedeuten. Diese Länder wollen und werden weiter wachsen und das Wachstum mit dem Verbrauch fossiler Energien „anheizen“ (nach dem Nukleardesaster in Japan werden in China und in Indien noch viel mehr neue Kohlekraftwerke gebaut werden). Bald werden die Entwicklungsländer mehr Klimagase emittieren als die alten Industrieländer zusammen.
4. Bevor wir aber die Entwicklungsländer für die Beschleunigung des Klimawandels verantwortlich machen, sollten wir unsere eigene Verantwortung deutlich erkennen: Noch liegen die Emissionen pro Kopf in den alten Industrieländern erheblich höher als in den neuen (das gilt natürlich ganz besonders für die Amerikaner!), die alten Industrieländer tragen außerdem die Hauptverantwortung für das in der Atmosphäre bereits akkumulierte und klimawirksame Kohlendioxid, das sie in den zweihundert Jahren seit Beginn der Industrialisierung verfeuert haben, und schließlich lassen die alten Industrieländer immer mehr die Schwellenländer „für sich arbeiten“, d.h., sie lagern industrielle Fertigungsstätten und gerade auch die besonders umweltbelastenden dorthin aus. Früher wurde das von Mainstream-Ökonomen als Nutzung der komparativen Vorteile von bislang noch weniger umweltverschmutzten Entwicklungsländern gefeiert: „*Let them eat pollution!*“ (Larry Summers), aber beim CO₂ gibt es eben nur die eine Welt und die eine Atmosphäre, da wird Schillers „alle Menschen werden Brüder“ zur beklemmenden Gewißheit. Die Treibhausgasemissionen sollten nicht (wie bei den bisherigen Klimaverhandlungen) den Produzenten(ländern) zugerechnet werden, sondern den Konsumenten entsprechend ihrem Klimafußabdruck (*carbon footprint*). Effektive Besteuerung von CO₂-Emissionen bzw. des Verbrauchs fossiler Energien würde jeden zwingen, den Lebensstil klimaverträglicher zu gestalten.

5. Ohne die Entwicklungsländer und vor allem die Schwellenländer kann es nicht gelingen, die Erderwärmung vor dem Überschreiten kritischer Werte aufzuhalten („Kippunkte“, hinter denen die Veränderungen im globalen Ökosystem nicht mehr beherrschbar wären). Daher kommt der Entwicklungspolitik eine Schlüsselrolle in der internationalen Klimapolitik zu. Sie muß Regierungen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft der Partnerländer dafür gewinnen und dabei unterstützen, nach ihren Möglichkeiten eine immer größere Mitverantwortung für den globalen Klimaschutz zu übernehmen. Dazu gehört zum einen die Reform der Rahmenbedingungen, also der Abbau von Subventionen fossiler Energien und schrittweise Einführung von Steuern auf fossile Energien (flankiert durch sozialpolitische Maßnahmen, welche die zusätzlichen Belastungen der ärmeren Bevölkerungsschichten durch steigende Energiekosten auffangen), die Stärkung der administrativen und technischen Kapazitäten zur Übernahme, Anpassung an die lokalen Gegebenheiten und Weiterentwicklung regenerativer Energietechnologien (ohne moderne Berufsbildung ist Klimaschutz durch Verwendung neuer Energietechnologien nicht möglich!) und die Förderung der Investitionsbereitschaft der Privatwirtschaft in moderne Energietechnologien.
6. Zur Minderung des Klimawandels wird allenthalben eine Energierevolution gefordert, damit bald regenerative Energieformen (sowie Technologien zur rationellen Energieverwendung) an den Markt kommen, die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten die fossilen Energien so schnell verdrängen wie es die Minderungsziele erfordern. (*Peak Oil* wird den Klimawandel nicht aufhalten, weil noch mehr Öl in der Erdkruste vorhanden ist, als verbrannt werden darf, ohne die Atmosphäre zu überhitzen, außerdem kann nach dem Öl für lange Zeit auf die noch klimaschädlichere Kohle zurückgegriffen werden, bevor die fossilen Energieträger endgültig zur Neige gehen.) Für diese Energierevolution ist die koordinierte Anstrengung von Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft erforderlich, angefangen von der Setzung entsprechender staatlicher Rahmenbedingungen (CO₂-Steuern oder Emissionshandel) über staatliche Forschungsförderung, privatwirtschaftliches Engagement bis hin zu internationaler Zusammenarbeit bei der Verbreitung der regenerativen Energietechnologien (sowie Technologien und Methoden effizienter Energienutzung). In den USA wird als Vorbild das Apollo-Programm für die Mondlandung angeführt.
7. Neben dem Energiesektor ist die Landwirtschaft als Schlüsselsektor für eine effektive globale Klimapolitik anzusehen. Die heutige Landwirtschaft trägt erheblich zum Klimawandel bei: Landwirtschaft und Landnutzung auf Kosten der Wälder zusammen sind für etwa ein Drittel der Emissionen von Treibhausgasen verantwortlich (neben Kohlendioxid Methan und Lachgas). Mit geeigneten Umstellungen kann die Landwirtschaft zur Minderung der Klimabelastung beitragen. Wissenschaftliche Studien zeigen das Potential der Landwirtschaft, durch Übergang zu natürlicheren Produktionsweisen (*organische Landwirtschaft*) nicht nur die eigenen Emissionen zu verringern, sondern sogar zusätzlich zur Kohlenstoffspeicherung im Boden beizutragen. Und inzwischen hört man sogar aus der FAO und der Weltbank, daß eine natürlichere Landwirtschaft darüber hinaus mit den Folgen des Treibhauseffekts besser fertig würde und schließlich sogar besser zur Ernährungssicherung beitragen würde. Das wird als *triple-win*-Option propagiert (*mitigation + adaptation + food security*).
8. Diese Überlegungen treffen sich mit einem anderen Strang des Nachdenkens über die Zukunft der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern. Vor einigen Jahren wurde im Auftrag der Weltbank der sogen. „Weltagrarbericht“ von einem großen Team internationaler Agrarexperten erstellt (IAASTD). Darin wird das Potential kleinbäuerlicher Landwirtschaft für Produktivitätssteigerung unter Verwendung natürlicher und klima-angepaßter Produktionsverfahren hervorgehoben. Voraussetzung dafür sind allerdings erhebliche Anstrengungen der Agrarpolitik und -forschung, die bekanntlich in den vergangenen Dekaden auch von der internationalen Entwicklungspolitik sträflich vernachlässigt wurden.
9. Ob in Zukunft eine auf 9 Mrd. angewachsene Weltbevölkerung ohne untragbare Klimafolgen halbwegs akzeptabel ernährt, gekleidet, behaust und transportiert werden kann, wird nicht zu-

letzt vom Gelingen der „Grünen Revolution des 21. Jahrhunderts“ abhängen. Sie unterscheidet sich von der Grünen Revolution des 20. Jahrhunderts darin, daß *input-intensive* durch *wissens-intensive* Produktionsmethoden abgelöst werden. Die für eine nachhaltige Sicherung der Welternährung – ohne weitere Landnahme auf Kosten der Wälder – erforderliche Produktivitätssteigerung soll nicht mehr durch immer intensivere Bewässerung, Düngemittel- und Pestizideinsatz sowie energieverbrauchende Maschinen erzielt werden, sondern durch moderne standortgerechte und ökologisch angepaßte Produktionsmethoden, also integrierter Pflanzenschutz, schonende Bodenbearbeitung, integriertes Bodenfruchtbarkeitsmanagement. Dabei werden allerdings hohe Anforderungen an Wissen, Erfahrung und Lernfähigkeit jedes einzelnen Produzenten und jeder einzelnen Produzentin gestellt. Mit einem ökologisch grundierten Verständnis von Multifunktionalität wird die Landwirtschaft so zum Schlüsselsektor für die Stärkung der Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit (*resilience*) des globalen Ökosystems.

10. Abschließend sei noch erwähnt, daß die Umstellung der Landwirtschaft auf natürlichere Produktionsmethoden und Bodennutzungssysteme nicht nur klimapolitisch geboten wäre, sondern auch einen Ausweg aus der Sackgasse bieten würde, in der die Verhandlungen in der Doha-Entwicklungsrunde der WTO stecken. Der größte Stolperstein in diesem Verhandlungstheater ist ja der alte Streit über die Agrarsubventionen der Industrieländer und deren Zumutung gegenüber den Entwicklungsländern, ihre Märkte für die nach wie vor subventionierten Agrarexporte der EU und der USA zu öffnen. Mit unseren Agrarsubventionen fördern wir eine industrielle Landwirtschaft, die sowohl zum Klimawandel beiträgt als auch den Wettbewerb mit Entwicklungsländern verzerrt. Nur wenn wir Europäer (und parallel dazu die Amerikaner) mit diesen Subventionen endlich Schluß machen, werden wir guten Gewissens auch von den Entwicklungsländern den Abbau ihrer klimaschädlichen Subventionen fossiler Energien verlangen können.